



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

4

April 2017 / 51. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Schutz von Einsatzkräften wird verbessert

Seite 6 <

Interview
mit dem DPoIG-
Bundesvorsitzenden

Seite 18 <

Fachteil:

- Vernetztes Auto – digitale Hilfen
- Sicherheit von Großveranstaltungen
- BGH-Urteil „Entschädigung für polizeiliche Maßnahmen“



Spitzengespräch mit Finanzminister Schröder

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten

Am 7. März 2017 fand im Finanzministerium in Magdeburg ein erstes Gespräch mit den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes Sachsen-Anhalt zu geplanten Gesetzgebungsverfahren im Beamtenrecht statt. Seitens des dbb sachsen-anhalt nahmen der Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck und sein Stellvertreter Ulrich Stock teil. Die Landesregierung plant ein umfangreiches Gesetzgebungsverfahren zu den Festlegungen im Koalitionsvertrag im Bereich des Beamtenrechtes. Finanzminister Andre Schröder erläuterte die wesentlichen Eckpunkte des Artikelgesetzes.



Wolfgang Ladebeck im Gespräch mit Finanzminister Andre Schröder (von links)

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung sieht vor, im Landesbeamtengesetz die Regelaltersgrenze schrittweise von bisher 65 auf 67 Lebensjahre anzuheben. Die Anhebung soll mit dem Geburtsjahrgang 1951 beginnen und mit dem Jahrgang 1964 enden. Auch die besondere Altersgrenze für Vollzugsbeamte (Polizei, Feuer

wehr und Justizvollzug) soll die Lebensarbeitszeit schrittweise – bis zur Besoldungsgruppe A 11 auf 61 Jahre und ab Besoldungsgruppe A 12 auf 62 Jahre – erhöht werden. Beginnend ab dem Geburtsjahr 1958 bis A 11 um einen Monat und ab A 12 um zwei Monate.

dbb- und DPoIG-Landeschef Wolfgang Ladebeck äußert Kritik an diesem Vorhaben. „Die Lebensarbeitszeit in gefährungeneigten Berufen wie Polizei und Feuerwehr an Besoldungsgruppen festzumachen, ist nicht begründbar und sachfremd“, sagt Ladebeck. Die Altersgrenze solle aus Sicht des dbb an den besonderen Belastungen wie dem Wechsel- und Schichtdienst festgemacht werden.

Ladebeck schlug vor, für alle Beamtinnen und Beamten in Wechsel- und Schichtdiensten die geplanten neuen Altersgrenzen um jeweils einen Monat pro Jahr geleisteten Wech-

sel- und Schichtdienst bis maximal zum 60. Lebensjahr abzusenken.

Eine langjährige Forderung des dbb und der DPoIG Sachsen-Anhalt, die Vollregelung des Beamtenversorgungsrechts, wird endlich umgesetzt. Der Gesetzesentwurf sieht vor, das kaum überschaubare Regelungskonvolut zum Versorgungsrecht in einer einzigen Norm zu vereinen.

Die lang versprochene Wiedereinführung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten soll noch 2017 umgesetzt werden. Hierbei ist eine pauschalisierte Jahressonderzahlung in Höhe von 600 Euro bis zur Besoldungsgruppe A 8, von 400 Euro ab A 9 und 200 Euro für Anwärter und Versorgungsempfänger vorgesehen.

dbb- und DPoIG-Landeschef wertet die Wiedereinführung der Sonderzahlung als ein positives Signal. Die geplante Höhe

bezeichnet er jedoch nur als einen möglichen Einstieg der Wiedereinführung von Sonderzahlung und erwartet hier eine deutliche Nachbesserung.

dbb Vize Stock betont, dass die Beamtinnen und Beamten berechtigterweise mit anderen Beträgen rechnen, als Finanzminister Schröder in diesem Gespräch zusichert. Die schlechte Positionierung der Besoldung in Sachsen-Anhalt im Bundesranking resultiert gerade aus der fehlenden Sonderzuwendung. Die geplanten Summen ändern hieran nichts beziehungsweise der Abstand zur gerade mal verfassungsgemäßen Besoldung wird nicht hergestellt. Finanzminister Schröder informiert die Gesprächsteilnehmer, dass mit dem Artikelgesetz die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses (linearen Erhöhungen von 2,0 Prozent bzw. Mindestbetrag 75 Euro ab 1. Januar 2017 und 2,35 Prozent ab 1. Januar 2018) auf die Beamtinnen und Beamten erfolgen soll.

Ladebeck begrüßt die Umsetzung der Forderung des dbb sachsen-anhalt, die lineare Erhöhung zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. Jedoch sehe das Tarifiergebnis auch strukturelle Verbesserungen in der Entgeltabelle, die Einführung der Erfahrungsstufe 6 bei den Tarifbeschäftigten, vor. Damit ist aus Sicht des dbb die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten nicht vollständig gegeben.

Stock äußert, die Einführung der Erfahrungsstufe 6 ab der

Impressum:

Redaktion:
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)
polizeispiegel@dpolg-lsa.de
Tel./Fax: 039206.53948
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleifufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493
www.dpolg-lsa.de
info@dpolg-lsa.de
ISSN 0945-0521

Entgeltgruppe 9 stelle ein nicht unerhebliches Personalkostenvolumen dar. Die eigentlich geforderte Linearerhöhung ab 2018 sei aus diesem Grund auf 2,35 Prozent gesenkt worden. Aus Sicht des dbb müsse ein Ausgleich für die Erfahrungs-

stufe 6 bei der Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten erfolgen.

Gleichzeitig nutzt die Landesregierung die Gelegenheit für weitere Änderungen im Beamtenrecht.

Forderungen des dbb und der DPolG, wie die verbesserte Regelungen zu Pflegezeiten, die Übernahme von Schmerzensgeldforderungen der Beamtinnen und Beamten gegenüber zahlungsunfähigen Schuldnern durch das Land, fin-

den im Gesetzentwurf Berücksichtigung.

„Eine Vielzahl von Forderungen des dbb und der DPolG sollen umgesetzt werden, aber es bleibt noch erheblich Luft nach oben“, so die dbb Vertreter. ■



© DPolG Sachsen-Anhalt (5)

> Der Hörsaal war rappelvoll

> Patrick Paarmann

DPolG stellt sich vor

Neueinstellungen an der FH Pol herzlich begrüßt

Der Hörsaal an der Fachhochschule Polizei (FH Pol) in Aschersleben war am Nachmittag des 13. März 2017 rappelvoll. 230 Augenpaare schauten erwartungsvoll, denn wie zu jedem Ausbildungs- und Studienbeginn erhielten die Berufsvertretungen die Möglichkeit, die neuen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen einer Auftaktveranstaltung an der FH Pol zu begrüßen und ihre Gewerkschaft vorzustellen. In bewährter Weise übernahm es für die DPolG der Kreisverbandvorsitzende der Landesbereitschaftspolizei und FH Pol, Patrick Paarmann.

Im Rahmen von drei darauf folgenden Kennenlernveranstaltungen am 14./15. und 16. März 2017 stellten sich die DPolGler, insbesondere die stark wachsende JUNGE POLI-

ZEI und ihre Partner, den neuen Anwärterinnen und Anwärtern vor. In diesem Jahr waren wieder zahlreiche bereits lernende und studierende DPolG-Mitglieder mit vor Ort und sprachen auf Augenhöhe über ihre ersten gewerkschaftlichen Erfahrungen und Eindrücke an der FH Pol. Dabei wurden sie

auch von erfahrenen DPolG-Mitgliedern unseres Landesverbandes und unserem Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck unterstützt.

Es bestand in diesem Jahr sehr großes Interesse für unsere Leistungen und Partner, was uns sehr stolz macht. Auffällig

war auch, dass zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen viele konkrete Fragen zu Leistungspaketen hatten und diese der einzelnen Gewerkschaften verglichen haben. Wir müssen gut sein, denn sehr viele sind gleich oder an den nachfolgenden Tagen bei uns eingetreten.

Es war ein tolles Bild, was sich da unseren Neuen geboten hat. Geballte gewerkschaftliche Kompetenz in einem optisch einheitlichen Erscheinungsbild. Diese Aktionen führten dank einer perfekten Organisation und Unterstützung durch die JUNGE POLIZEI, den zahlreichen anderen Akteuren aus den Kreisverbänden unseres Landesverbandes und dem Versicherungspartner zu einem großen Andrang an unserem Informationsstand. An dieser Stelle sei allen fleißigen



> Stefan Perlbach, Mirjam Schmidt und Michael Haug (beide von der Bundesjugendleitung) sowie Wolfgang Ladebeck (von links)



> Ein starkes Team stellte die DPoIG vor.

> in Einzelgesprächen

Helfern herzlich gedankt, ihr wart super.

Es ist der Anfang der Betreuung im Gewerkschaftsleben und wird sich durch die gesamte Ausbildung oder das Studium sowie das spätere Berufsleben fortsetzen. So organisiert der Landesvorstand gemein-

sam mit der JUNGEN POLIZEI regelmäßig für alle Anwärter, Angehörige des Stammpersonals, Dozenten und Kolleginnen und Kollegen Zusammenkünfte an der FH Pol. Dazu gehören schon traditionelle Events wie zum Beispiel das Sommerfest, ein Oktoberfest und das Wintergrillen mit

Glühwein und Musik, um ins Gespräch zu kommen und um die Freizeit an der FH Pol für alle Lernenden und Studierenden attraktiver zu gestalten.

Abschließend möchte sich der Landesvorstand recht herzlich bei allen Aktiven der DPoIG, der JUNGEN POLIZEI, den Ko-

operationspartnern sowie für die Unterstützung der FH Pol bedanken. Sie haben mit dazu beigetragen, dass unsere Informationsveranstaltungen sehr erfolgreich waren.

*Patrick Paarmann,
Vorsitzender KV LBP/FH Pol*



© dbb

Kampfmittelbeseitigungsdienst im Fokus Verhandlungskommission hat Forderungen beschlossen!

> Die dbb Verhandlungskommission fordert ein bundesweit einheitliches Tarifniveau für den Kampfmittelbeseitigungsdienst, denn der Umgang mit Fundmunition ist immer und überall gefährlich!

Der Bereich des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ist in den verschiedenen Bundesländern jeweils unterschiedlich organisiert. Neben Kollegen im Beamtenverhältnis gibt es auch zahlreiche Tarifbeschäftigte unterschiedlicher Berufsgruppen, die in diesem Bereich eingesetzt werden. Für diese gel-

ten – je nach Bundesland – unterschiedliche Tarifverträge. Die darin enthaltenen Zulagen für besondere Gefahren sind teilweise über 20 Jahre nicht erhöht worden. Dies wird der hohen psychischen Belastung der Beschäftigten, die unter dem täglichen Einsatz ihres Lebens im Dienste der Allge-

meinheit ihre Arbeit verrichten, schon lange nicht mehr gerecht.

Zur Vorbereitung für die anstehenden Verhandlungen mit der TdL für den ersten bundesweit einheitlichen Flächentarifvertrag für die Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungs-

dienstes hat sich die Verhandlungskommission des dbb am 2. März 2017 zur Forderungsfindung in Berlin getroffen. Neben den verantwortlichen Referenten des dbb gehören zu der gebildeten Kommission Kollegen des Kampfmittelräumdienstes aus NRW, und Hamburg und vonseiten der DPoIG

Michael Adomat aus Hamburg und Gregor Henschke aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt an.

Verhandlungsziel ist, dass ein bundesweit einheitliches Tarifniveau erreicht wird.

Der Vergleich der bisher gültigen einzelnen Tarifverträge der verschiedenen Bundesländer hat gezeigt, dass die meisten Zulagen und Eingruppierungen sehr ähnlich geregelt wurden. Primäres Ziel ist es nun, ein bundesweit einheitliches Tarifniveau zu schaffen, welches Verbesserungen zu den bestehenden Regelungen enthält.

Die Tarifkommission war sich einig, dass der für die Bevölkerung hohe Stellenwert der Arbeit im Kampfmittelräumdienst in den alten Tarifwerken nicht adäquat abgebildet wird. Daher fordert der dbb eine der hohen Verantwortung gerecht werdende Eingruppierung für diese Beschäftigten! Nur eine Fachkarriere mit Aufstiegsmöglichkeiten bei Weiterqualifikation schafft hier die richtigen Perspektiven für die Beschäftigten.

Auch bei den Zulagen muss es Verbesserungen geben! Die Zu-



> Granaten und Panzerfäuste, das brisante Erbe aus dem zweiten Weltkrieg

lagenbeträge für Gefahrenzulagen, den Umgang mit besonders gefährlichen Sprengkörpern oder Tauchereinsätze sind teilweise über 20 Jahre nicht erhöht worden.

Dies wird der Arbeit für das Gemeinwohl unter Einsatz des Lebens und der damit verbundenen hohen psychischen Belastung der Angehörigen im Kampfmittelräumdienst schon lange nicht mehr gerecht. Daher fordert der dbb, dass die Zulagen entsprechend erhöht werden!



> Truppführer des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Sachsen-Anhalt, Dieter Schwarz neben 80-cm-Granaten

© DPoIG Sachsen-Anhalt (2)

> Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte schickt mir Eure Beiträge, Anfragen, Meinungen, Fotos oder Anregungen für die Mai-Ausgabe 2017 des POLIZEISPIEGELS, Landesteil Sachsen-Anhalt, bis zum **14. April 2017** zu.

Redaktionsschluss für den POLIZEISPIEGEL Ausgabe **Juni 2017** ist der **19. Mai 2017**.

Meine Anschrift:
Gregor Henschke
DPoIG-Landesgeschäftsstelle
Schleifufer 12
39104 Magdeburg
Fax: 0391.506-7493
E-Mail: info@dpolg-lsa.de



> Gratulation

Wir gratulieren allen im April geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.

Der Landesvorstand



© Sven Queling